

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Rieser Tageblatt
General Nr. 20.
Kasseler Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpolizeiamts Weihen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Verlagsort
Dresden 1533.
Verlag
Riesa Nr. 22

Nr. 26.

Freitag, 31. Januar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligter Rabatt erhöht, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Planlos.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Interessen der einzelnen Parteien neuerdings planlos durcheinander laufen. Jede Partei stellt andere Forderungen auf, jede schiebt eine andere Forderung als das Wichtigste in den Vordergrund. Moldenhauer trägt sich auch mit der Aussicht die kommenden Arbeiten des Reichstags folgerichtig festzulegen und hat, wie wir hören, in der Regierung den Vorschlag gemacht, einmal mit dem Young-Plan nur die zu diesem Abkommen gehörenden Gesetze zu verbinden, dann die Beratung des Nachtragsetats vorzunehmen, darauf die Staatsarbeiten zu beginnen. Erst wenn diese begonnen hätten, sollte zwischenbühnen auch das Problem der Reichsfinanzreform berührt und der Versuch unternommen werden, Einzelheiten des Reformplans bereits in den Etat zu bringen. In der Regierung hat Moldenhauer mit diesem Programm Zustimmung gefunden. Er sollte am Montag den Parteiführern unterbreitet werden.

Jetzt liegt aber der Beschluß der Zentrumsfraktion vor, der diesem Programm zuwiderläuft. Das Zentrum will vor der Young-Plan-Beratung völlige Klarheit über den Umfang und die Möglichkeit der Finanzreform. Es steht außerdem nicht allein mit seiner Forderung. Auch die Deutsche Volkspartei erhebt sie, wenn sie auch noch nicht formuliert worden ist. In den Beratungen der Fraktion mit Moldenhauer ist ihm dieser Wunsch wiederholt unterbreitet worden. Die Regierung sieht sich also vor der Frage, ob die Beratung des Young-Plans zunächst verschoben und in Beratungen über die Finanzreform einbezogen werden soll. Soweit wir unterrichtet sind, wird sie sich zu dieser Vorschlagsänderung nicht entschließen können. Aber es soll im Laufe der nächsten Woche in dauernden Besprechungen mit den Parteiführern der Versuch unternommen werden, die Wünsche der einzelnen Fraktionen für die Finanzreform zusammen zu stellen, sie mit dem alten Reformplan Herbstjüngs in Einklang zu bringen und schließlich, soweit es sich verantworten läßt, eine Bindung der Parteien und der Regierung auf die Reform in großen Umfassen zu erzielen.

Von einem maßgebenden Zentrumsgesandten, den wir zu dieser Frage interpellierten, hören wir, daß das Zentrum sich mit dieser Behandlung der Finanzreform einverstanden erklärt. Grundsätzlich hat der Reichstag ja bereits die Finanzreform beschlossen. Es genügt jetzt, wenn die Parteiführer sich auf einer gemeinsamen Basis verständigen und wenn sie das Versprechen geben, von einer gefundenen Basis aus, die Arbeiten, später, wenn sie fruchtbar sind, in Angriff zu nehmen. Das Zentrum wollte durch den Fraktionsbeschluß nur die jetzt vielfach aufgetretene Auffassung verteidigen, als ob man jetzt von einer Finanzreform überhaupt nicht mehr sprechen dürfte und eine Vertagung der Reform auf unabsehbare Zeit erfolgen dürfte. Daß es schwer sei, heute bereits außer Grundrissen der Reform Einzelheiten zu finden, erkennt man sehr wohl. Um eine Reform aufzurufen, braucht der Finanzminister lange Zeit. Die Parteien hätten aber die Aufgabe, mit Anregungen und Wünschen nicht zu sparen, und so die Arbeiten des Ministers zu erleichtern. Wenn das Zentrum die Gewißheit erlangt habe, daß die Finanzreform komme, und zwar bald komme, werde es sich ohne weiteres an der Beratung des Young-Plans beteiligen.

Von einem demokratischen Abgeordneten hören wir, daß man die Zentrumsforderung nicht klar sehe. Wenn aber gemeint sei, daß man in großen Höhen über die Finanzreform sprechen wolle, ohne die Young-Plan-Beratung von dem Uebererfolg abhängig zu machen, so seien die Demokraten bereit, auch ihre Forderungen vorzulegen. Auch sie würden es gerne sehen, wenn die kommende Arbeit dadurch eine gewisse Ueberlastung erlangte, daß man weiß, was einmal mit der Finanzreform werden sollte.

Endgültige Zusammenlegung des spanischen Kabinetts.

Madrid. Die endgültige Zusammenlegung des neuen spanischen Kabinetts sieht folgendermaßen aus:
Ministerpräsident und Kriegsminister: General Berenguer,
Aussenminister: General Prats,
Innenminister: Deros von Alba,
Justizminister: Estrada,
Marineminister: Admiral Garcia,
Minister für öffentliche Arbeiten: Ratos,
Arbeitsminister: Sanga,
Finanzminister und vord. Wirtschaftsminister: Arguelles.

Da die übertriebenen Forderungen von Cambó nicht angenommen werden konnten, schied dieser als Minister aus, ebenso der Sohn Maras Graf Moriera. Diese Regierungsbildung ist durchaus von der Krone beeinflusst worden. Die Orientierung des neuen Kabinetts ist konservativ. Außer dem Präsidenten und dem Deros von Alba handelt es sich bei den Ministern um bisher unbekannte Persönlichkeiten, von denen zwar Arguelles und Ratos schon vor der Diktatur Ministerposten inne hatten. Auch Estrada war schon Unterstaatssekretär, trat aber in keiner Weise hervor. Einen anhängenden Ruf als Postmann genießt der neue Marineminister sowie der Arbeitsminister. Diese Regierung wird aber von führenden Politikern als die schwächste der letzten

Der preußische Kultusminister Dr. Beder zurückgetreten

Nachfolger: Vizepräsident des brandenburgischen Provinzial-Schulkollegiums Grimme.

Berlin. Der preußische Unterrichtsminister Dr. Beder hat gestern nachmittag den Ministerpräsidenten Dr. Brauns aufgesucht und ihm seinen Rücktritt von seinem Amte erklärt. Ministerpräsident Dr. Brauns hat darauf den Vizepräsidenten des Provinzial-Schulkollegiums der Provinz Brandenburg, Grimme, zum preussischen Unterrichtsminister ernannt.

Der Wortlaut des Abschiedsgesuchs.

Der Kultusminister Dr. Beder hat an den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brauns folgendes Schreiben geschrieben:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Die politische Entwicklung der letzten Zeit hat mich zu der Ueberzeugung gebracht, daß die Aufassung führender Parteien von der Bedeutung der großen kulturellen Aufgaben meines Ministeriums so stark von dem Geiste abweicht, den ich in langen Jahren mühevoller Arbeit im Dienste der geistigen und politischen Erhaltung der deutschen Republik zu verwirklichen bemüht war, daß für mich eine gedeihliche Wirksamkeit nicht mehr gegeben ist. Ich lege deshalb hierdurch mein Amt nieder. Ihnen, Herr Ministerpräsident, danke ich bei diesem Anlaß für die persönliche und sachliche Unterstützung, die ich in den fünf Jahren meiner Ministerialtätigkeit unter Ihrem Präsidium oft bei Ihnen gefunden habe. In hoher Verehrung Ihr ergebener ges. Beder.

Der preussische Ministerpräsident an Professor Dr. Beder.

Berlin. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns an den auscheidenden Staatsminister Prof. Dr. Beder folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Minister! Bei Ihrem Ausscheiden aus dem Amt des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung spreche ich Ihnen den Dank der Staatsregierung für die wertvollen Dienste aus, die Sie dem Vaterlande in schwerer Zeit der geistigen Umstellung und Neugestaltung durch Ihre Arbeiten auf dem Gebiete des gesamten Unterrichtswesens geleistet haben. Für ideenreiches und richtungweisendes Werk hat sich noch über die Grenze dieses für die kulturelle Entwicklung unseres Volkes überaus bedeutungsvolle Ministeriums hinaus auf alle Gebiete des geistigen Lebens erstreckt. Sie haben sich durch diese umfassende Arbeit ein bleibendes Verdienst erworben. Mir persönlich ist es ein inneres Bedürfnis, Ihnen für die jahrelange verständnisvolle und kollegiale Mitarbeit im Staatsministerium herzlichsten Dank zu sagen. Ich verbleibe in alter unveränderter Hochachtung Ihr ergebener ges. Dr. Brauns.

Adolph Grimme.

Berlin. (Telunion.) Adolph Grimme, der im 41. Lebensjahre steht und in Goslar am Harz geboren ist, studierte Philosophie und begann seine pädagogische Laufbahn im Jahre 1919 als Oberlehrer in Hannover. Im Jahre 1928 wurde er an das Provinzial-Schulkollegium in

Hannover versetzt und im Herbst 1929 zum Oberstudienrat ernannt. Im Jahre 1925 wurde er als Oberstudienrat nach Magdeburg berufen und trat 1927 in das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung als Hilfsarbeiter ein. Er wurde dort 1928 zum Ministerialrat in der Abteilung II. 2 (höheres Schulwesen) ernannt und verwaltete dort längere Zeit auch das Präsidium des Ministeriums. Seine Ernennung zum Vizepräsidenten des Provinzial-Schulkollegiums der Provinz Brandenburg, in dem er — entsprechend der besonderen Struktur dieses Schulkollegiums — das gesamte Volks-, Mittelschul-, Berufsschul- und höhere Schulwesen der Provinz zu verwalten hatte, beendete 1929 seine Tätigkeit im Kultusministerium. Staatsminister Grimme ist publizistisch mit Schriften in der Schriftenreihe der entschiedenen Schulreformer hervorgetreten, um, entsprechend seiner Einstellung als religiöser Sozialist evangelischer Konfession, den weltlichen Schulgedanken auch religiös zu untermauern.

Zum Wechsel im preussischen Kultusministerium.

Berlin. (Telunion.) Zu dem durch den Rücktritt Prof. Dr. Beder hervorgerufenen Wechsel im preussischen Kultusministerium nehmen die Berliner Blätter eingehend Stellung.

Die „Germania“ bedauert das Scheiden Dr. Beder und weist darauf hin, daß die Begründung, mit der Dr. Beder sein Amt zur Verfügung gestellt habe, für unser politisches Leben keine besondere Egre bedeute, daß aber ihre Stichhaltigkeit schwerlich entkräftet werden könne. Das Blatt bedauert weiter, daß damit die Verhandlungen für eine große Koalition in Preußen nicht nur ohne Gewinn, sondern mit einem ausgesprochenen Verlustsaldo abschließen. Es befürchtet, daß die Sozialdemokraten, nachdem sie ihren Einfluß im preussischen Kabinett veräußert haben, kein Interesse mehr an der Weiterverfolgung des Spieles der großen Koalition haben.

Das „Berl. Tagebl.“ sagt: Für Dr. Beder sei im übrigen auch der Wunsch maßgebend gewesen, dem Ministerpräsidenten die eigenartige und überaus unehrerliche Rolle zu erleichtern, in die Herr Brauns durch den Antritt des betriebenen Sozialdemokraten Heilmann und durch seine eigene Schwäche und Untermüdigkeit gebracht worden sei. Dr. Beder sei den Nachschaffern kleiner Claqueurkoffer erlegen.

Auch die „Holl. Stg.“ stellt fest, daß Ministerpräsident Brauns bei der Genehmigung des Rücktrittsgesuches dem Druck der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gewichen sei.

Der „Vorwärts“ sagt, der Wechsel sei eine politische Notwendigkeit gewesen. Die Sozialdemokratie sehe endlich die allseitig gegebene Zufüge eingelöst, daß sie das Unterrichtsministerium in Preußen erhalten solle.

Die „D.N.Z.“ sagt, die drückende Verabschiedung des Kultusministers Dr. Beder sei die neueste Leistung der Diktatur des Ministerpräsidenten Brauns und man bedauere nur im Interesse des staatsmännlichen Rufes, in dem Herr Brauns bisher gestanden habe, daß diesmal in seiner mächtigen Gestalt der sonst anonyme Drahtzieher Heilmann sichtbar werde, der Herrscher der sozialdemokratischen Fraktion. Er habe seinen Willen durchgesetzt und mit der kleinlichen Verbösheit des Parteifunktionsärs Rache genommen.

25 Jahre bezeichnet und man bezweifelt, ob dieses als Uebergangsinstitut gedachte Kabinett in der Lage sein wird, der großen Schwierigkeiten Herr zu werden.

Die kommunikativen Ausschreitungen in Hamburg.

Hamburg. Der Polizeibericht meldet über die gestern Zusammenkünfte am Volkspark: Am Donnerstag nachmittag gegen 12 Uhr 30 hatten sich in der Straße Rohlhöfen große Menschenansammlungen gebildet. Polizeibeamte wurden beschimpft und mußten schließlich zur Räumung der Straße schreiten, wobei ihnen teilweise Widerstand geleistet wurde. Ordnungspolizeibeamte wurden vom Neubau des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes am Holtenaplog aus mit Wurfsteinen und Eisenstücken beworfen und mit Säcken geschlagen. Die Beamten machten von ihren Gummistöcken Gebrauch, auch mußten einige Schiffe auf die Angreifer abgegeben werden. Soweit bis jetzt bekannt ist, wurde durch die Schiffe niemand verletzt. Ein Beamter erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen.

Erneute Zusammenkünfte in Hamburg.

Hamburg. Nachdem am Donnerstag nachmittag die Ruhe in Hamburg vorläufig wieder hergestellt war, kam es abends zwischen 10 und 11 Uhr zu erneuten Zusammenkünften. In der Weststraße war ein großes Hindernis aus Bläcken und Steinen errichtet. Als die Polizei einrückte, wurde sie beschossen und war gezwungen, auch über die Straße der Schusswaffe Gebrauch zu machen.

Ob Verleser dabei zu verzeichnen sind, war bisher nicht festzustellen. Bei den Zusammenkünften wurden etwa 20 Personen verhaftet.

Die Diebstahl-Paragrafen im Strafrechtsauschuß.

Berlin. Im Strafrechtsauschuß des Reichstages wurde die Beratung des neuen Strafrechtbuchs beim Kapitel „Diebstahl“ fortgesetzt.

Nach längerer Aussprache wurde § 350 im wesentlichen in folgender Fassung angenommen:

Wer in der Absicht, sich oder einen anderen unrechtmäßig zu bereichern, eine Sache, die ein anderer gestohlen oder sonst durch kraftbare Verletzung fremden Vermögens erlangt oder sich angeeignet hat, von diesem ankauf, zum Pfande nimmt oder sonst an sich bringt, verheimlicht oder absetzt, oder zum Abfahre einer solchen Sache mit wirkt, wird mit Gefängnis bestraft.

Gewissen wird bestraft, der in der Absicht, sich oder einen anderen unrechtmäßig zu bereichern, den Besitz einer Sache, die jemand gestohlen oder sonst durch kraftbare Verletzung fremden Vermögens erlangt oder sich angeeignet hat, oder für sie eingetauscht Geld von dem Täter an sich bringt.

Der Ausschuß nahm dann den Abschnitt, der die Rechtsverteilung behandelt, ohne wesentliche Veränderungen an.

Eine längere Aussprache entspann sich über die Zwangsvergabe. Im § 361 wurde die Höchststrafe für einfache Zwangsvergabe auf ein Jahr Gefängnis herabgesetzt. Dagegen blieb es für gewerbetreibende Wilderei bei der Mindeststrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren Gefängnis.